

PRESSEMITTEILUNG

Saarländischer Städte- und Gemeindetag entschieden gegen eine Halbierung der Zahl der Unteren Bauaufsichtsbehörden (UBA)

Der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, der Neunkircher Oberbürgermeister Jürgen Fried (SPD), hat sich gegen Äußerungen des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Tobias Hans, gewandt, die Zahl der im Saarland bestehenden Unteren Bauaufsichtsbehörden zu halbieren.

Derzeit verfügen neben den Landkreisen und dem Regionalverband Saarbrücken die Städte Saarbrücken, Neunkirchen, Homburg, Saarlouis, St. Ingbert und Völklingen über eine UBA.

Nach der festen Überzeugung dieser Städte sei – so Fried – eine eigene UBA unabdingbare Voraussetzung für eine reaktionsschnelle städtische Ansiedlungs- und Wirtschaftsförderungspolitik. Dieses Instrument dürfe den Städten unter keinen Umständen genommen werden. Auch würde bei einer Reduktion der Zahl der UBA die Bürgernähe massiv leiden.

Fried verwies in diesem Zusammenhang auf einen einstimmigen Beschluss des Präsidiums des SSGT, dass es bei der derzeit bestehenden Rechtslage verbleiben müsse, wonach Städte mit mehr als 30.000 Einwohnern die Option für die Wahrnehmung der Aufgaben der UBA haben.

Wer – so betonte Fried – die Forderung nach Halbierung der Zahl der Unteren Bauaufsichtsbehörden im Saarland erhebe, der sei in der Pflicht, nachzuweisen, dass damit signifikante Einsparungen zu erzielen seien. Dem SSGT seien keine entsprechenden Berechnungen bekannt. Verfüge Herr Hans über ein solches Zahlenwerk, so solle er es im Interesse einer seriösen Auseinandersetzung vorlegen.

„Hände weg von den städtischen Unteren Bauaufsichtsbehörden!“ sei die Forderung des SSGT. Die Halbierung der Zahl der UBA als notwendige Reform kommunaler Strukturen zu bezeichnen, sei angesichts der enormen Bedeutung dieser Behörden vor Ort der völlig falsche Weg – so Fried abschließend.

Saarbrücken, den 21. November 2017